

Peter Ulrich Weiß

Die Grenzen der „Brüderlichkeit“

Vertrauen und Misstrauen im deutsch-deutsch-rumänischen Dreiecksverhältnis der 1960er Jahre

1. Von Beziehungen und Beziehungskrisen

Selten löste Südosteuropapolitik derart konträre Reaktionen aus wie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest Anfang 1967. Während bundesdeutsche Politiker, Diplomaten und Journalisten über die vermeintliche Bresche frohlockten, die in die Reihen des Ostblocks geschlagen worden war, schäumte man in Ostberlin über diesen „Dolchstoß“. Schuld daran war nicht nur die rumänische Entscheidung, sondern vor allem die Art und Weise, wie sich die SED-Führung in Zeiten der „Hallstein-Doktrin“ überrumpelt sah. Walter Ulbricht und seine Genossen hatten gehofft, dass die sozialistischen Unterzeichnerländer der Bukarester Deklaration vom 6. Juli 1966 den gemeinsamen Text zur Grundlage ihres außenpolitischen Handelns machen würden. Damals waren Leitsätze für die künftige Gestaltung der internationalen Beziehungen zum Westen formuliert worden, die formelle diplomatische Kontakte mit der Bundesrepublik nur zuließen, wenn die Vorbedingungen aus Abschnitt III der Deklaration erfüllt seien, darunter die Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat sowie der bestehenden mittel- und osteuropäischen Grenzen¹. Nun war es ausgerechnet der rumänische Gastgeber, der – als hätte es die Juli-Tagung nicht gegeben – seine diplomatischen Bemühungen um die Bundesregierung mit solcher Geschwindigkeit forcierte, dass es später hieß, Bukarest hätte Bonn förmlich überrannt².

Die SED-Führung sah sich – wieder einmal – bestätigt: deutschlandpolitisch blieben die kommunistischen „Bruderparteien“ unberechenbar beziehungsweise wenig vertrauenswürdig. Diese Einschätzung basierte auf einer Vorstellung von Vertrauen in den internationalen Beziehungen,

¹ Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. XIV/1 (1966), Berlin (Ost) 1970, S. 553–571: Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, beschlossen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 4.–6. 7. 1966 in Bukarest.

² Vgl. Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 3. überarbeitete und erweiterte Neuaufl. 1995, S. 142f.

die weniger von emotionalen, als vielmehr von rationalen Komponenten getragen war. Demnach beruht Vertrauen auf einer generalisierten Erwartungshaltung unter den beteiligten Akteuren, die sich in erster Linie auf gegenseitige Verlässlichkeit und Berechenbarkeit stützt³. Im Ziel- und Aufgabenkatalog sozialistischer Außenpolitik gehörte die beständige Vertiefung der Einheit, Geschlossenheit und Freundschaft der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ zu den zentralen Kernpunkten außenpolitischen Handelns. Denn die selbsterklärte Stärke der sozialistischen Außenpolitik wurde auch auf den postulierten Gleichklang von Politik und Handeln unter den Verbündeten zurückgeführt. Dass sich jedoch der rumänische Bündnispartner gegenüber der DDR in ihrem „Überlebenskampf“ gegen den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch weltweit öffentlich entsolidarisierte, war aus Sicht der SED-Führung das schlichte Gegenteil. Die Beziehungskrise, in die beide Staatsführungen stürzten, nahm sich aus SED-Perspektive daher auch als eine tiefe Vertrauenskrise unter „sozialistischen Bruderstaaten“ aus – eine Krise, die schon Jahre zuvor ihren Anfang genommen hatte.

Im Folgenden sollen die Genese und Ausdrucksformen eben jenes Vertrauensverlusts skizziert werden, der die ostdeutsch-rumänischen Beziehungen die gesamten 1960er Jahre belastete. Zugleich wird dieser Konflikt diplomatiegeschichtlich nicht nur in seiner bilateralen Dimension erörtert, sondern auch in den Kontext des deutsch-deutsch-rumänischen Dreiecksverhältnisses eingebettet. Dazu gilt es, die Zielsetzungen und Effekte der mit der DDR konkurrierenden vertrauenspolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik vorzustellen und ein außenpolitisches Reflexhandeln offenzulegen, das die deutsche Doppelpräsenz in kommunistischen Drittländern lange Zeit charakterisieren sollte: Vertrauensbildende Maßnahmen der einen Seite erzeugten stets Misstrauensreaktionen der anderen.

2. Vertrauen unter „Bruderstaaten“

Während Vertrauen gerade auch gegenüber den Verbündeten als Schlüsselbegriff und wichtige Ressource der bundesdeutschen Außenpolitik seit den 1970er Jahren gelten kann, spielt der Terminus für die Darstellung der bündnisinternen Beziehungen der DDR kaum eine Rolle, und zwar sowohl in zeitgenössischer Perspektive als auch in der historischen Rückschau. Erst im Zuge der forcierten Bemühungen einer Verwissenschaftlichung der staatlichen Friedens- und Entspannungspolitik in den 1980er Jahren entwickelte sich

³ Vgl. Berthold Meyer, *Konfliktregelung und Friedensstrategien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2011, S. 80ff.

Vertrauen – als politische Maxime und Weg zur Deeskalation – zu einem etablierten Begriff und Untersuchungsgegenstand in DDR-Publikationen⁴. Seine Anwendung blieb aber auf das Konfliktfeld der „antagonistischen“ Systemauseinandersetzung und der Reduktion immanenter Spannungen begrenzt. Der analytische Ausgangspunkt lag dabei in der Regel bei der KSZE-Konferenz beziehungsweise der Schlussakte von Helsinki Mitte der 1970er Jahre.

Wenn bei ostdeutschen Autoren von Vertrauen oder Vertrauensbildung die Rede war, dann im Sinne von „Vertrauen zurückgewinnen“ aufgrund des eingestandenen tiefen Misstrauens gegen Deutsche nach den nationalsozialistischen Verbrechen an den osteuropäischen Völkern⁵. Doch wurde dies in erster Linie als ein Nachkriegsphänomen und als eine außenpolitische Aufgabe der 1950er Jahre dargestellt, die gegenüber den auswärtigen Bevölkerungen zu bewältigen gewesen sei, die kommunistischen Parteibeziehungen jedoch nicht betroffen habe.

Gleichwohl spielte Vertrauen als Kommunikationsgrundsatz und formelle Voraussetzung zur Gestaltung der internationalen Beziehungen eine zentrale Rolle. So wurde im Rahmen der Sowjetisierung und der damit verbundenen Installierung der kommunistischen Regime quasi per Diktat ein familiär aufgeladenes Beziehungssystem von „Bruderstaaten“ und „Bruderparteien“ errichtet, denen ab der „Stunde Null“ gegenseitiges Vertrauen qua gemeinsamer Weltanschauung als Prinzip und Praxis verordnet wurde. Ideologisch unterfüttert wurde dieser gesetzte Vertrauensvorschuss durch eine Reihe verbindlicher Maximen: „Sozialistischer Internationalismus“, „Völkerfreundschaft“ oder „Sozialistische Außenpolitik“. Die neue Qualität jener Außenpolitik kam zudem in vertrauensbildenden Praktiken und Bestimmungen zum Ausdruck. Dazu zählten beispielsweise eine enge gegenseitige Informations- und Konsultationspflicht, die Pflege von dichten Parteibeziehungen (neben den diplomatischen Beziehungen) oder ein ganzes Arsenal symbolischer Prozeduren, von denen der (regelmäßige) Staatsbesuch und seine Inszenierung beziehungsweise Ritualisierung bis hin zum obligatorischen „Bruderkuss“ besonderen Stellenwert einnahmen.

Grundiert wurde diese Praxis durch eine generationenspezifische, grenzüberschreitende Erfahrungsgemeinschaft von Parteieliten, die durch Erlebnisse aus der Zeit vor 1945 geprägt und verbunden waren: Zu nennen wären

⁴ Vgl. z.B. Helga Schirmeister, *Sicherheit durch Vertrauen*, Berlin (Ost) 1989; *Vertrauensbildung im nichtmilitärischen Bereich*. Internationale Studien, Leipzig 1989 (Leipziger Hefte zur Friedensforschung 4).

⁵ *Geschichte der Außenpolitik der DDR*. Abriß, Berlin (Ost) 1968, S. 288.

etwa der Aufbau kommunistischer Parteien, die Arbeit im Untergrund und der Kampf gegen den Faschismus, Gefängnishaft, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, Exil. Allein von den fünf zwischen 1950 und 1964 amtierenden Missionschefs und Botschaftern der DDR in Rumänien hatten drei langjährige Zuchthausstrafen verbüßt, drei im sowjetischen Exil gelebt und zwei bei den Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft. Diese „Kampf- und Leidensgemeinschaft“ – die Angsterfahrungen aus der Phase des stalinistischen Terrors der 1930er Jahre blieben freilich ausgeklammert – nutzte mancher Diplomat als vorteilhaftes Argument, um leichter an vertrauliche Informationen zu gelangen oder besondere Kontakte zu pflegen. So hatte Johnny Löhr, erster Missionsleiter der DDR in Rumänien und früherer KPD-Funktionär, nahezu zehn Jahre in rumänischen Gefängnissen gesessen, nachdem er als Aufbauhelfer der Komintern 1930 verhaftet worden war. Dies ermöglichte ihm 20 Jahre später einen privilegierten Zugang zum rumänischen KP-Generalsekretär Gheorghe Gheorghiu-Dej, der im gleichen Zeitraum eingekerkert gewesen war.

Auch der Kulturaustausch diente dazu, zwischenstaatliches Vertrauen zu festigen und zu inszenieren. Als „klarster Ausdruck“ der „Völkerfreundschaft“ unter den „Volksdemokratien“ und verbindliche außenpolitische Maxime schlug er zunächst die Brücke, um kulturelle Vertrauensarbeit zu leisten⁶. Die international isolierte SED verband damit zugleich ein Anrecht auf Selbstdarstellung in den zunächst deutschlandfeindlichen Nachbarländern. Kulturabkommen mit „Kennenlern-Charakter“ gehörten zu den ersten Vertragswerken, die die DDR abschloss.

Dennoch kann in einem Ost-West-Vergleich nicht gleichbedeutend von Vertrauen oder Vertrauensverhältnissen gesprochen werden. So war angesichts der Besatzung und hegemonialen Machtverteilung hinter dem Eisernen Vorhang sowjetische „Vertrauenspolitik“ in vielen Fällen kaum mehr als eine verschleierte Kontrolle der eigenen Verbündeten. Ideologisch rechtfertigte die Sowjetunion diese Praxis mit dem Führungsanspruch der KPdSU und dem Trauma der gespaltenen Arbeiter- und Antifaschismusbewegungen. Die Konflikte mit Tito und der chinesischen KP-Führung, aber auch die Aufstände von 1953, 1956 und 1968 bestätigten den Kreml in seiner Haltung. Vieles verblieb daher gerade auch gegenüber dem „Frontstaat“ DDR und seiner Führung im Rhetorischen. Deshalb verwundert es kaum, dass dem ideologiebedingten Überbau vertrauensbildender Vorschriften in allen Phasen der kommunistischen Herrschaft ausgeprägtes gegenseit-

⁶ Stichwort: Kulturaustausch, in: Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1970, S. 294.

ges Misstrauen unter den Bündnispartnern gegenüberstand, in erster Linie hervorgerufen durch divergierende innen- und außenpolitische Interessen. In diesem Kontext spielte die SED angesichts des belastenden Erbes von Nationalsozialismus und Krieg sowie der deutschlandpolitisch prekären Situation der DDR eine besonders auffällige Rolle. Die durchaus erfolgreichen ostpolitischen Annäherungsversuche der Bundesregierung in den 1960er Jahren provozierten beim Politbüro zahlreiche misstrauische Reaktionen gegenüber den osteuropäischen Bündnispartnern. Diese Politik fand semantisch keinen oder nur einen schwer dechiffrierbaren Ausdruck. Schließlich hätte eine solche im krassen Gegensatz zum selbstverordneten Solidaritäts- und Vertrauensdiskurs sowie dem „Bruder“-Narrativ des Ostblocks gestanden. Dagegen lässt sich aber auf der praxeologischen Ebene in den deutsch-rumänischen Beziehungen eine ganze Reihe von Symptomen eines gestörten Vertrauensverhältnisses sowie Handlungsstrategien nachweisen. Um Vertrauen und Misstrauen als politische Ressourcen und Strategien sichtbar zu machen, ist es daher weniger ertragreich, auf dem semantischen Feld der Vertrauenswerbung zu verbleiben, als vielmehr Bereiche und Arbeitsfelder zu eruieren, in denen vertrauenspolitische Maßnahmen griffen oder scheiterten (etwa Kulturaustausch oder politische Kommunikation). In diesem Zusammenhang spielte der Faktor Berechenbarkeit eine maßgebliche Rolle: Vertrauen zu rechtfertigen oder zu enttäuschen bedeutete, bestimmte Erwartungen zu erfüllen – oder eben nicht.

3. Rumäniens abweichender Kurs

Der unmittelbare Anlass der ostdeutsch-rumänischen Vertrauenskrise lag auf der politischen Entscheidungsebene. Hier irritierte Rumänien die DDR seit Jahren mit einer Reihe von überraschenden Beschlüssen, die den Verbündeten für Ost-Berlin schließlich immer unberechenbarer machten: Die Bukarester Parteispitze schlug sich im sowjetisch-chinesischen Konflikt auf die Seite Peking, brachte Chruschtschows Plan einer supranationalen Arbeitsteilung in der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Fall, pochte in ihrer „Unabhängigkeitserklärung“ vom April 1964 vehement auf die Souveränität des Landes innerhalb und außerhalb des Ostblocks, löste im Zuge einer Wirtschaftskontroverse mit der DDR zahlreiche Handelsverträge auf, tilgte die russischen Einflüsse auf das rumänische Kultur- und Bildungswesen und forcierte eine Nationalgeschichte, die rumänische Eigenständigkeit auf der Basis ethnischer und kultureller Kontinuitätslinien bis in die Antike zurückverfolgte.

Ursache dafür war ein neuer Autonomiekurs der Rumänischen Arbeiterpartei gegenüber der Kreml-Führung sowie eine damit verbundene Öffnung

zur westlichen Staatenwelt seit Beginn der 1960er Jahre. Auch wenn sich diese Politik in erster Linie gegen Moskau richtete, fühlte sich die DDR-Führung davon angegriffen. Denn die SED, die sich in einem besonders engen Abhängigkeitsverhältnis zur KPdSU befand und ihre Außenpolitik ganz auf die Anerkennung ihrer Souveränität abstellte, interpretierte diese Entwicklung als beschleunigte Entsolidarisierung, bei dem sie sich chronisch auf der Verliererseite wiederfand. Dabei war es vor allem die Hinwendung Rumäniens zur Bundesrepublik, die das Vertrauen der SED erschütterte. So hatten am 17. Oktober 1963 gegen den Willen der DDR-Führung die Leiter der bundesdeutschen und rumänischen Verhandlungsdelegationen, Franz Krapf und der stellvertretende Außenminister Gheorghe Pele, ihre Unterschriften unter die Vereinbarung zur Errichtung von Handelsmissionen gesetzt. Damit war Rumänien nach Polen das zweite Land im Ostblock, mit dem die Bundesrepublik 1963 ein solches Abkommen schloss. Schon bald zeigten die prosperierenden rumänisch-bundesdeutschen Handelsbilanzen, dass sich die Furcht der DDR-Führung vor den „ostpolitischen Gehversuchen des Auswärtigen Amtes“⁷ unter Außenminister Gerhard Schröder (CDU) bewahrheiteten und dass die westdeutsche „Aggression auf Filzlatzchen“, so Walter Ulbricht in Anlehnung an seinen Außenminister, die DDR im eigenen Lager zu isolieren begann. Doch erst im Februar 1967 konnte Ulbricht in gewünschter Schärfe – und im Gleichklang mit Moskau und Warschau – mit der nach ihm benannten Doktrin auf die Ausdehnung des bundesdeutschen Einflusses reagieren. Demnach durften Mitglieder des Warschauer Pakts von nun an erst dann diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnehmen, wenn die Bundesrepublik ihrerseits die bestehenden Grenzen und die Existenz zweier deutscher Staaten anerkannte. Mit diesem Leitprinzip untermauerte die SED-Führung ihr bisheriges Misstrauen gegenüber den eigenen Verbündeten, indem sie sie darauf verpflichtete, ihre spezifischen Interessen zu wahren.

Nicolae Ceaușescu jedoch verfolgte unbeeindruckt seinen eigenen Kurs: Im August 1968, nur wenige Stunden nach dem Truppeneinmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR, geißelte der rumänische Parteichef vor der verblüfften Weltöffentlichkeit die Militärintervention als großen Fehler und als „beschämenden Moment in der Geschichte der revolutionären Bewegung“⁸. Für die SED, die sich in ihren bisherigen Warnungen vor

⁷ Gregor Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1999, S. 64.

⁸ Scănteia vom 22. 8. 1968.

Rumäniens Sonderweg bestätigt sah, war das erneut ein glatter Verrat. Denn Ceaușescus Kritik am Einmarsch in die ČSSR kam einer Infragestellung des gesamten Warschauer Pakts und der führenden Rolle der Sowjetunion gleich. Sein Ausscheren stellte die DDR-Führung bloß, die immer wieder die Geschlossenheit des eigenen Bündnissystems propagiert hatte. Und so diente die Heftigkeit der Ostberliner Reaktion auch als Vertrauens- und Gefolgschaftsbeweis gegenüber der Politik des „großen Bruders“. Ulbricht, der sich 1965 während der wirtschaftspolitischen Krisensituation im Innern gerade noch einmal die Unterstützung aus dem Kreml hatte sichern können, positionierte sich demonstrativ Seite an Seite mit Leonid Breschnew als ein erklärter Gegner des Prager Frühlings. Das war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass er fürchtete, die Entwicklung in der ČSSR könne sowohl zu einer Westöffnung zur Bundesrepublik als auch zu einer ungewollten Entstalinisierungsdebatte im eigenen Lande führen.

Die Parteibeziehungen, eigentlich das Herzstück der Beziehungen zwischen „Bruderstaaten“, wurden nach dem August 1968 auf ein Minimum heruntergefahren. DDR-Behörden beobachteten und reglementierten jetzt noch genauer als zuvor jede rumänische Botschaftsaktivität in ihrem Land. So durften rumänische Diplomaten beispielsweise keine Materialien der rumänischen KP zur Situation in der ČSSR und zu anderen Kommunistischen Parteien verteilen. Die obligatorischen Pressekommentare zum rumänischen Staatsfeiertag am 23. August 1968 und den dazugehörigen Kulturveranstaltungen in der DDR entfielen. Stattdessen positionierte sich die SED am 30. August 1968 im „Neuen Deutschland“ mit dem gekürzten Abdruck eines ausgesprochen kritischen Artikels der polnischen Parteizeitung „Trybuna Ludu“. In dem Beitrag mit dem Titel „Die RKP-Führung geht Irrwege des Nationalismus“ wurde der rumänischen Partei- und Staatsführung nationaler Egoismus, Anbiederung an den internationalen Imperialismus und Schüren von Chauvinismus und Krawall gegenüber den restlichen sozialistischen Staaten vorgeworfen. Vor allem zitierte das „Neue Deutschland“ die Passagen, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik als einseitig, unsolidarisch und schädlich verurteilten. Derart eindeutig war der rumänische Bündnispartner in der DDR-Öffentlichkeit noch nicht kritisiert worden. Das wog umso schwerer, als im sozialistischen Bündnissystem öffentliche Rügen von KP-Führungen ein Tabu darstellten. Doch längst kriselte es auf vielen Ebenen.

4. Symptome der Vertrauenskrise

Regelmäßige Konsultationen auf verschiedenen Ebenen galten als institutionalisiertes Grundprinzip des sozialistischen „Bündnisses neuen Typs“ und zugleich als wesentlicher Bestandteil der angestrebten zwischen-partei-staatlichen Vertrauenskultur⁹. Als formalisiertes Prozedere gegenseitiger Vertrauensbildung und -erhaltung dienten sie neben dem allgemeinen Informationsaustausch (und natürlich der Kontrolle) auch dazu, sich der eigenen beziehungsweise gegenseitigen Erwartungshaltung zu versichern und damit vertrauensbildend zu wirken. Doch genau diese bilateralen Kommunikationsflüsse waren von rumänischer Seite wiederholt und ohne Begründung unterbrochen worden, insbesondere, wenn es um deutschlandpolitische Belange ging. Die ostdeutschen Diplomaten und Spitzenfunktionäre empfanden diese Vorgehensweise als Willkür, was ihr ohnehin vorhandenes Misstrauen erheblich schürte. So hatten beispielsweise rumänische Funktionäre trotz intensiver Bitten und Anfragen Stillschweigen über die Vertragsbedingungen zur Errichtung der bundesdeutschen Handelsmission bewahrt. Mehrmals hatten die ostdeutschen Diplomaten informell wie offiziell um detaillierte Information sowie um den Wortlaut des Abkommens gebeten. Doch jedes Mal waren Auskünfte verweigert und Einsprüche der DDR-Vertreter mit der Begründung abgelehnt worden, es handle sich um ausschließlich rumänische Angelegenheiten¹⁰. Besonders brisant war dabei, dass das Abkommen auch für West-Berlin gültig war und dass andere osteuropäische Bündnispartner, die ebenfalls Interesse an Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik hatten, die SED-Ohnmacht „sehr aufmerksam studiert[en]“¹¹. Um das Informationsdefizit der DDR auszugleichen, mussten sich die ostdeutschen Diplomaten peinlicherweise an ihre Kollegen von der ungarischen Botschaft wenden, die sich höchst verwundert darüber zeigten, dass nicht – wie sonst üblich – im Vorfeld Konsultationen mit der DDR geführt worden seien¹². Auch 1965 weigerte sich die rumänische Seite anlässlich der

⁹ Vgl. Jens Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980*, Baden-Baden 1983, S. 888ff.

¹⁰ PA/AA-MfAA, C 1033/72, Bericht der DDR-Botschaft in Bukarest: Zum Stand und zu den Funktionen der westdeutschen Handelsvertretung in Bukarest sowie einige sich daraus für uns ergebende Schlussfolgerungen vom 24. 5. 1966.

¹¹ BA-SAPMO, DY 30/IV A2/20/363, Wirtschaftspolitische Abteilung der DDR-Botschaft in Bukarest an das Büro für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland vom 22. 10. 1963.

¹² BA-SAPMO, DY 30/IV A2/20/364, Vermerk der DDR-Botschaft in Bukarest über ein Gespräch mit Dr. Nemeth, Konsul der ungarischen Botschaft, am 12. 5. 1964.

eine äußerst kleine Politikerschicht über ein erhebliches Macht- und Entscheidungspotenzial verfügte; die Machtkonzentration nahm hier nicht selten Formen von Personenkult und Alleinherrschaft an. Dass trotz postulierter Gleichberechtigung und Brüderlichkeit die Chemie zwischen den Staats- und Parteiführern oft nicht stimmte (das gilt etwa für Breschnew und Ulbricht), ist hinlänglich bekannt und nichts Außergewöhnliches. Gleichwohl gewann dies immer dann Bedeutung, wenn es darum ging, Spannungen zu entschärfen und politisches Misstrauen abzubauen.

Eine Zäsur stellte der Machtantritt des jungen Nicolae Ceaușescu dar, der im März 1965 die Nachfolge des verstorbenen Gheorghe Gheorghiu-Dej antrat. Mit seiner vergleichsweise jugendlichen Dynamik (Ceaușescu war 47 Jahre alt), seiner symbolpolitischen Distanzierung vom Stalinismus, seinen kulturpolitischen Liberalisierungsmaßnahmen, der forcierten Öffnung zum Westen und den zahlreichen außenpolitischen „Extravaganzen“ stellte er für Ulbricht als „Staatsmann der ersten Stunde“ eine Herausforderung dar, die der Deutsche auch als eine generationelle empfand. Ulbricht, der inzwischen glaubte, den Aufbau des Sozialismus theoretisch und praktisch bewältigt zu haben, präsentierte sich zum Unwillen Ceaușescus und der anderen Parteiführer ein ums andere Mal in Lehrmeisterpose. Der in Souveränitäts- und Gleichbehandlungsfragen äußerst sensible rumänische Parteiführer, der schon bald nach Amtsantritt alle anderen Parteiführer an internationalem Renommee überflügelte, verweigerte wiederum bis zur Absetzung Ulbrichts seinen Antrittsbesuch in der DDR. Insofern brauchte es erst den Machtwechsel von Ulbricht zu Erich Honecker, mit dem ihn vieles mehr verband, um einen Neuanfang zu besiegeln. So entstammten Honecker (Jahrgang 1912) und Ceaușescu (Jahrgang 1918) ähnlichen sozialen Verhältnissen, hatten eine einfache Volksschul- und Handwerker Ausbildung absolviert, engagierten sich im kommunistischen Jugendverband und in der KP, hatten viele Jahre im Zuchthaus gesessen, galten 1945 bereits als gestandene Parteifunktionäre und waren – nicht zuletzt – mit ambitionierten Ehefrauen verheiratet. In ideologischen, macht- und bündnispolitischen Fragen ergaben sich zwischen beiden bis 1989 immer wieder zahlreiche Schnittmengen; schließlich trafen sich beide in der Ablehnung der Reformbemühungen von Michail Gorbatschow.

5. Unbeliebte Aufpasser

Zu den gravierendsten Konsequenzen der Klimaverschlechterung gehörte die Wandlung der DDR und ihrer Vertreter von (offiziell) Vertrauten zu argwöhnischen Kontrolleuren der rumänischen Deutschlandpolitik. Das hatte sowohl für die rumänische als auch bundesdeutsche Seite erhebliche Konsequenzen, insbesondere im kulturellen Bereich. So kam es zum Beispiel im November 1969 zum öffentlichen Eklat zwischen rumänischen Kulturfunktionären und Günter Grass, der eigens nach Bukarest angereist war, um die 300 Exponate umfassende Buchausstellung mit dem programmatischen Titel „Deutsche Gegenwartsliteratur“ zu eröffnen. Auf Betreiben von DDR-Diplomaten verboten rumänische Kulturfunktionäre wenige Stunden vor der Eröffnung, 16 Bücher und eine Zeitschrift auszustellen, in denen sich die Autoren kritisch zur DDR und zum kommunistischen System äußerten. Dass sich Günter Grass, auch zur Verärgerung der bundesdeutschen Botschaft, während der hektischen Verhandlungen bis zum Schluss weigerte, diesen Akt der Zensur zu akzeptieren und die Exposition schließlich im Ganzen scheiterte, schlug im In- und Ausland hohe Wellen.

Die DDR-Diplomaten traten als deutschlandpolitische Gralshüter auf und arbeiteten stets auf Verbotsregelungen hin. Es waren vor allem Vertreter der DDR, die den von rumänischer Seite bewusst offen gelassenen Spielraum für bundesdeutsche kulturpolitische Aktivitäten überwachten und kritisierten und damit die deutsch-deutsche Konkurrenzsituation zuspitzten. Mal waren es Modellbauten von Westberliner Theatern, mal die geplante Teilnahme von aus der DDR geflüchteten Künstlern, die auf Drängen der DDR verboten wurden. Mit Erich Moldt, Botschafter zwischen 1965 und 1970, hatte diese Politik des Misstrauens ein markantes Gesicht. So galt er, der nach seiner Zeit in Bukarest zum stellvertretenden Außenminister aufstieg, wegen seiner ständigen Protestnoten, Behörungen und seiner mal mehr, mal weniger verklausulierten Kritik an der rumänischen Außenpolitik als einer der unbeliebtesten Diplomaten in Rumänien. Auch hier bedurfte es mit dem erst 39 Jahre alten Hans Voß eines personellen Neuanfangs, um auf der diplomatischen Ebene neues Vertrauen zu schaffen.

Unterhalb der Ebene von Diplomatie und Regierung war von diesen Problemen allerdings weit weniger zu spüren, wie sich ebenfalls am Beispiel des Kulturaustauschs zeigen lässt. Hier wurde ein bestimmtes Maß an Kommunikation nie unterschritten. Dazu verpflichteten nicht zuletzt die eingegangenen vertraglichen Regelungen. In einzelnen Bereichen des Kul-

turaustauschs war sogar im Krisenjahr 1967 ein vermehrter Umfang zu verzeichnen. Beispielsweise hatte sich der Personenaustausch im Vergleich zu den Vorjahren signifikant erhöht. Bei institutionellen Direktvereinbarungen (vor allem im naturwissenschaftlichen Sektor) spielten ideologische Divergenzen eine weitaus geringere Rolle als auf dem diplomatischen Parkett. Die Reichweite symbolischer Misstrauensbekundungen von oben stieß hier an ihre Grenzen. Gerade die sogenannten Mittler und Praktiker des Kultur- und Bildungsaustauschs versuchten, sich und ihre Vorhaben von derartigen politischen Klimaveränderungen abzukoppeln.

6. Berechenbarer Klassenfeind

Als der zuletzt hinzugekommene Akteur im Dreiecksverhältnis verband die Bundesrepublik ihre Neugestaltung der osteuropäischen Beziehungen zunächst nicht mit einer der verbalen Vertrauensoffensiven, die die Außenpolitik der 1970 und 1980er Jahre prägten. Gleichwohl gestaltete sie zumindest den Aufbau eben jener Beziehungen mit Hilfe von vertrauensbildenden Maßnahmen. Dazu nutzte sie zu Beginn ihrer Präsenz in Rumänien ebenso wie die DDR die Kulturpolitik. Der vertrauensbildende Aspekt dieser Aktivitäten zeigte sich vor allem, darin, dass das Auswärtige Amt alles tat, um den rumänischen Erwartungen entgegenzukommen und Berechenbarkeit gegenüber den Gastgebern zu demonstrieren. Beide Seiten einte die Absicht, dass das bundesdeutsche Kulturengagement weder die rumänische Öffentlichkeit noch die ostdeutsch-rumänischen Beziehungen auf politisch-ideologische Weise belasten sollte. Man erlegte sich daher größte Rücksichtnahme auf und favorisierte explizit unauffällige Kleinarbeit¹⁷. Das Leisetreten und die weitgehende Diskretion korrespondierten zwar mit einer allgemeinen „Haltung der Zurückhaltung“¹⁸ im kulturellen Auftreten im Ausland in den 1950er und 1960er Jahren. Dennoch hatte die Selbstbegrenzung der Bundesrepublik in Rumänien eine andere Ursache. Sie resultierte weniger aus einem verunsicherten nationalen Nachkriegsbewusstsein als vielmehr aus der Unsicherheit darüber, wie man auf systemfeindlichem Boden strategisch am besten agieren sollte, ohne den

¹⁷ PA/AA, B 977/368, Kulturpolitischer Jahresbericht der bundesdeutschen Handelsvertretung in Rumänien für 1965.

¹⁸ Johannes Paulmann, Deutschland in der Welt: Auswärtige Repräsentationen und reflexive Selbstwahrnehmung nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Skizze, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 63–78, hier S. 65.

rumänischen Autonomiekurs zu gefährden. Stellvertretend für diese Überlegungen steht die Einschätzung der – mit dem Kulturaustausch des Jahres 1969 letztlich zufriedenen – bundesdeutschen Botschaft: Die Frage, ob die Kulturarbeit zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen beitrage, sei im Falle Rumäniens

„insofern ambivalent, als die um mehr Selbständigkeit innerhalb des Ostblocks kämpfende Regierung heute einerseits bereit ist, sich dem Westen weiter zu öffnen, weil sie schneller industrialisieren möchte, andererseits aber mit Rücksicht auf die östlichen Nachbarn vor einer allzu spektakulären deutschen Präsenz zurückscheut. Durch ein Zuviel an Aufsehen konnten wir also unseren politischen Beziehungen durchaus schaden.“¹⁹

Für die Kulturarbeit in Rumänien waren also „stille“ Formen gefragt, die im öffentlichen Erscheinungsbild unauffällig waren, zugleich jedoch Bindungskräfte entwickeln konnten. Dabei griff die Bundesrepublik auf das effektivste Mittel jenseits der Ideologie zurück: ihre ökonomische Stärke. Da diese auf Rumänien eine große Anziehungskraft ausübte, entfalteten generöse Gesten die meiste Wirkung. In diesem Sinne kam es zu großzügigen (Bücher-)Schenkungen, lukrativen Einladungen oder Stipendien, wobei das Geberland öffentlich verschwiegen wurde. Darüber hinaus zeigte die Bundesrepublik in den 1960er Jahren in Rumänien durch die Besuche zahlreicher Delegationen von Kultur- und Austauschvermittlern Präsenz. Diese Visiten ergänzten die Reihe von Rumänienbesuchen hochrangiger deutscher Politiker ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre: Staatssekretär Rolf Lahr 1965, Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker 1966, Außenminister Willy Brandt 1967, Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg 1969, Staatssekretär Paul Frank und Bundespräsident Gustav Heinemann 1971. Diesen Politiker- und Funktionärsbesuchen wurde von rumänischer Seite wegen ihres hohen symbolischen Gehaltes eine große Bedeutung beigemessen, denn Rumänien wurde als Partnerland anerkannt, und das Regime festigte seinen Anspruch, die weltpolitische Provinz hinter dem Eisernen Vorhang zu verlassen und eine internationale Rolle zu spielen. Wenn dann noch politische Ehrungen erfolgten wie anlässlich des Heinemann-Besuches, bei dem die Ceaușescu und weitere Staatsfunktionäre höchste Stufen des Bundesverdienstkreuzes verliehen bekamen, hatten sich im außenpolitischen

¹⁹ PA/AA, B 97/368, Jahreskulturbericht 1969 der bundesdeutschen Botschaft in Rumänien vom 21. 1. 1970.

Kalkül Rumäniens die in die Beziehungen zur Bundesrepublik gesetzten Erwartungen voll und ganz erfüllt.

Im Auswärtigen Amt war man hingegen weniger zufrieden. Zwar gelang es mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen 1967, in den engsten DDR-Einflussbereich einzubrechen, und auch die Wirtschaftsbeziehungen hatten sich nach der Errichtung der Handelsmission 1963/64 so weit entwickelt, dass die Bundesrepublik zum wichtigsten westlichen Handelspartner Rumäniens aufstieg. Auf anderen Feldern stagnierte die Entwicklung jedoch. Die Zahl der Ausreisegenehmigungen von Rumäniendeutschen, die nach dem Machtantritt Ceaușescu 1965 von 2795 auf 609 im Folgejahr gefallen war, blieb auch 1967 (440) und 1968 (614) unverändert niedrig²⁰. Auch für das deutschlandpolitische Kardinalproblem, die Berlin-Frage, war eine Lösung nicht in Sicht. Hartnäckig verweigerte sich die rumänische Seite jeder dahingehenden Formulierung, die auf eine öffentliche Anerkennung der bundesdeutschen Zuständigkeit für Westberlin hätte schließen lassen. Selbst die Entwicklung der Kulturbeziehungen kam nicht vom Fleck. Die Bundesrepublik blieb unverändert das stille Geberland, ohne dass die Austauschbeziehungen an Ausgewogenheit, Intensität und Öffentlichkeitswirksamkeit zunahmen. Entsprechend frustriert resümierten die bundesdeutschen Diplomaten bereits 1971, dass das Ceaușescu-Regime im Kern eigentlich keinen Kulturaustausch wolle, sondern nur „eine ideologisch nicht zu beanstandende, massive materielle Hilfe für ihre Wissenschaft und Kultur, ohne dass der Ursprung dieser Unterstützung nach außen erkennbar“ sei²¹. Es war zugleich das Jahr, in dem der rumänische Diktator nach einer China-Reise eine neue, restriktive Kulturpolitik ausrief und die Kontakte zum Westen einfror. Die Aktivitäten der bundesdeutschen Organisationen wurden stärker als je zuvor überwacht und rumänische Besucher an der Kontaktaufnahme gehindert. Damit erwiesen sich bereits Anfang der 1970er Jahre all jene Reformvorstellungen rasch als illusorisch, die in der Ausweitung der „gesellschaftlichen Dimension“ die Zukunft des bundesdeutschen Kulturaustauschs mit den Ostblockstaaten sahen.

²⁰ Vgl. Thomas Kunze, Nicolae Ceaușescu. Eine Biographie, Berlin 2000, S. 296f. Anm. 333.

²¹ PA/AA, B 97/436, Jahreskulturbericht 1971 der bundesdeutschen Botschaft in Rumänien vom 21. 2. 1972.

7. Abschließende Überlegungen

Das vorliegende Fallbeispiel zeigt, dass nicht nur Vertrauen, sondern auch offenes oder verstecktes Misstrauen ein konstituierendes Merkmal für die politische Binnenkommunikation und -atmosphäre in den sozialistischen Bündnisbeziehungen war – und dass in solchen Konstellationen der Bundesrepublik eine zentrale Rolle zukam²². Die DDR entwickelte sich zu einem Staat, der angesichts der bundesdeutschen Präsenz und Rivalität auch seinen Verbündeten gegenüber einen besonderen Kontrollzwang entwickelte. Diese Politik erschöpfte sich nicht nur in fehlendem Vertrauen, sondern bildete ein funktionales Äquivalent für eine ausbleibende Politik des Vertrauens, und zwar mit einer eigenen Logik sowie immanenten Modi und Praxi. Diese Kraftanstrengung führte nicht zuletzt auch zum Image eines beständig angespannten und verkrampften Bündnispartners.

Die bundesdeutsche Osteuropa- und Rumänienpolitik beeinflusste die diplomatische Gangart der DDR maßgeblich. Dabei offenbart sich für Osteuropa ein essenzieller Mechanismus: vertrauensbildende Maßnahmen der Bundesrepublik gegenüber den kommunistischen Regimes lösten – insbesondere bis 1972/73 – nahezu reflexhaft verschärftes Misstrauen auf DDR-Seite aus. Dieser Sachverhalt erscheint im Kontext derart geformter Dreiecksverhältnisse zunächst zwar banal. Dennoch gilt es, die damit verbundenen Effekte und erwartbaren Reaktionen im Kalkül bundesdeutscher Vertrauenspolitik analytisch einzubeziehen, denn dieser Mechanismus war in Bonn bekannt. Vertrauenspolitik, gemeinhin ein Instrument zum Spannungsabbau, war daher ambivalent. Schließlich wurde das destabilisierende Moment bewusst in Kauf genommen oder sogar herbeigeführt; ein „geregeltes Nebeneinander“ der beiden deutschen Staaten stand – zumindest bis zur Kanzlerschaft Willy Brandts – noch nicht auf der Agenda bundesdeutscher Außenpolitik. Während Vertrauen und Vertrauenspolitik vielfach als Bestandteile einer erfolgreichen bundesdeutschen Außenpolitik herausgearbeitet werden, zeigt der Fall Rumänien auch die Grenzen dieser Strategie. So führte die vertrauensbildende Politik gegenüber dem Bukarester Regime nach kurzen Anfangserfolgen in die Sackgasse. Sie wirkte sogar – ungewollt – diktaturstabilisierend.

Vertrauen und Misstrauen im deutsch-deutsch-rumänischen Beziehungsgefüge gründeten sich auf vorrangig rationale außenpolitische Motivlagen

²² Vgl. Sheldon Anderson, *A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations 1945–1962*, Boulder 2001; Wolfgang Schwarz, *Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968*, München 2004.

der beteiligten Akteure. Dieser Umstand wurde durch die Situation des Kalten Kriegs und der deutschen Teilung verstärkt. Aus emotionsgeschichtlicher Perspektive bleibt offen, wie sehr der Verlauf dieser Verhältnisse von der „Sphäre der Gefühle“ beeinflusst wurde. Erste Indizien aus dem vorliegenden Beispiel deuten allerdings an, dass (negative) Emotionen für das Aufkommen und den Fortbestand von Misstrauen eine größere Rolle spielten, als – umgekehrt – für die Vertrauensbildung. Dies würde für den Fall, dass weitere Analysen diesen Befund bestätigen, erklären helfen, warum die DDR auch im eigenen Lager in der deutsch-deutschen Konkurrenzsituation fortwährend aus einer Defensivposition heraus agierte – ein Problem, das die SED außenpolitisch bis zum Ende ihrer Herrschaft beschäftigte.